

Fragen

**für die Fragestunde der 144. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. Februar 2008**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	25, 26	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	5, 7
Deligöz, Ekin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Pau, Petra (DIE LINKE.)	16, 17
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	33	Reinke, Elke (DIE LINKE.)	29, 30
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Rohde, Jörg (FDP)	28
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Schneider, Volker (Saarbrücken) (DIE LINKE.)	36, 37
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 13
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	3, 4	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	31, 32
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9	Waitz, Christoph (FDP)	11, 12
Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.)	19, 20	Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	6, 27	Wunderlich, Jörn (DIE LINKE.)	34, 35
Dr. Küster, Uwe (SPD)	18, 21		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Warum hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erst im Sommer 2007 das zuständige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über Untersuchungsergebnisse bei schadhaften Dieselmotoren informiert, obwohl die Ergebnisse seit fast einem Jahr bekannt waren, und wer trägt die politische Verantwortung dafür, dass in der Zwischenzeit mehrere 10 000 nicht funktionierende Rußfilter eingebaut wurden?

2. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann genau haben der Staatssekretär Matthias Machnig im BMU und die Parlamentarischen Staatssekretäre Astrid Klug und Michael Müller beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, Kenntnis von den Untersuchungsergebnissen der Firma TTM Maier erlangt, die im Spätsommer 2006 an das Umweltbundesamt geschickt wurden, und wann ist aus der Aktenlage nachweisbar, dass das BMU angewiesen hat, dass die Rußfilter nach Anlage 26 zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung zu prüfen sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

3. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.) Wie bewertet die Bundesregierung die konstituierende Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz am 18. Februar 2008, und was sind die wesentlichen Ergebnisse?

4. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.) Sind der Bundesregierung aktuelle Einschätzungen aus dem Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) bekannt, wonach die Zahl der so genannten Altbewerberinnen und Altbewerber 2007 bei mindestens 385 000 Personen lag, und wie bewertet sie vor diesem Hintergrund die Berufsbildungspolitik der letzten Jahre?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

5. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzs
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Einführung einer Schuldenbremse, wie sie der Bundesminister der Finanzen plant, Einsparungen in der Größenordnung von jährlich 15 Mrd. Euro notwendig machen würden, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass eine Einsparungssumme von jährlich 15 Mrd. Euro zwangsläufig zu Kürzungen von Sozialprogrammen führen müsste (vgl. Handelsblatt, 13. Februar 2008)?
6. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wer sind die zwölf Personen aus dem Kreis der Vorstandsvorsitzenden, Vorstandsmitglieder und sonstigen leitenden Mitarbeiter in öffentlichen Institutionen oder öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierten Unternehmen und Organisationen mit Bundesbeteiligung (z. B. Deutsche Bundesbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG), die mit ihren Bezügen am höchsten über den Bezügen der Bundeskanzlerin liegen, und wie hoch sind ihre jeweiligen Bezüge?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

7. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzs
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Deutsche Bahn AG das Volksbegehren „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen“ nicht nur personell, sondern auch finanziell und logistisch unterstützt, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es zu den Aufgaben der Deutsche Bahn AG gehört, ihre wirtschaftlichen Interessen über Volksbegehren zu artikulieren?
8. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist es zutreffend, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Bewertung der von der Regierung von Niederbayern raumgeordneten Variante für den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen vorgenommen hat, und wie sieht diese Bewertung aus?

9. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die nächsten Schritte im Verfahren zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen, und wie sind diese Schritte auf den bestehenden Bundestagsbeschluss zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen abgestimmt?
10. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Ziel führt die Bundesregierung mit der Landesregierung Schleswig-Holstein Gespräche über die Zukunft des Herrentunnels in Lübeck, wie Günther Meienberg, Ministerialdirigent im Kieler Verkehrsministerium, berichtet (Lübecker Nachrichten vom 24. Januar 2008), und welche Verkehrsprojekte wird das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Falle einer Übernahme des 176 Mio. Euro teuren Herrentunnels, der ursprünglich als „Public-Private-Partnership-Projekt“ geplant war, zurückstellen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

11. Abgeordneter
Christoph Waitz
(FDP)
- Wie viele Beschäftigte der Stasi-Unterlagenbehörde sind als dem ehemaligen DDR-Regime verbunden gewesen („systemnah“) anzusehen, und in jeweils welchen Funktionen waren diese Personen vor der friedlichen Revolution von 1989 tätig?
12. Abgeordneter
Christoph Waitz
(FDP)
- Welche Maßnahmen sind durch die Bundesregierung bzw. die Leitung der Stasi-Unterlagenbehörde unternommen worden, um sicherzustellen, dass ehemals „Systemnahe“ nicht in leitenden Funktionen der Behörde, an Stellen mit Antragstellerkontakt oder unkontrolliertem Aktenzugang tätig sind?
13. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegt es nicht nahe, angesichts der Absage einer Beteiligung am Projekt „Sichtbares Zeichen“ durch die polnische Regierung den Warschau-Besuch vom Staatsminister und Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, am 5. Februar 2008 als gescheitert anzuerkennen und festzustellen, dass die polnische Regierung zwar beruhigende Worte gefunden hat, um die deutsch-polnischen Beziehungen nicht zu belasten, dass die Bundesregierung aber in der Sache inhaltlich gescheitert ist und es sich um einen Rückfall in natio-

nalgeschichtliches Denken bzw. eine schlichte Weiterführung rein national geprägter Erinnerung handelt?

14. Abgeordneter
**Josef Philip
Winkler**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist es dem in der „FAZ“ vom 14. Februar 2008 geäußerten Anspruch der Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Dr. Maria Böhmer, (deutsche Integrationspolitik beruhe auf der „gleichberechtigten Teilhabe“ der hier lebenden Migrantinnen und Migranten) dienlich,

- wenn die Bundesregierung im Rahmen des nationalen Integrationsplans keine einzige Selbstverpflichtung übernommen hat, um z. B. die Einbürgerungsmöglichkeiten für hier lebende Migrantinnen und Migranten zu verbessern;
- wenn Dr. Maria Böhmer die Einführung des kommunalen Wahlrechts für langjährig hier lebende Drittstaatsangehörige als „halbe Sache“ ablehnt (ebenda) bzw.
- wenn türkische Staatsangehörige durch das von der Großen Koalition verschärfte Zuwanderungsgesetz – im Vergleich zu z. B. Staatsangehörigen aus den USA, aus Japan oder Honduras – im Hinblick auf den Ehegattennachzug benachteiligt werden (vgl. § 41 der Aufenthaltsverordnung)?

15. Abgeordneter
**Josef Philip
Winkler**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan über die Notwendigkeit des Erlernens sowohl der deutschen Sprache als auch der Förderung des Erwerbs der Muttersprache im Hinblick darauf,

- dass auch der Nationale Integrationsplan auf Seite 48 die Auffassung vertritt, dass „der gute Erwerb der Muttersprache (...) eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Sprachkompetenz, auch für den Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes, hier also des Deutschen [ist]“,
- dass aber in den hierfür maßgeblichen Arbeitsgruppen 2 und 3 des Integrationsgipfels („Spracherwerb“ und „Bildung“) weder der Bund, noch Länder oder Kommunen eine einzige Selbstverpflichtung zur Förderung des Erwerbs der Muttersprache abgegeben haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

16. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.) Auf welche Höhe beliefen sich die Kosten für die Auslandseinsätze der Polizeien des Bundes und der Länder im Jahr 2007, und wie viele Polizistinnen und Polizisten wurden dabei verletzt und getötet (bitte nach den Einsatzländern auflisten)?
17. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.) Wie viele der Polizistinnen und Polizisten wurden bei diesen Auslandseinsätzen im Jahr 2007 einsatzbedingt verletzt und getötet (bitte nach den Einsatzgebieten auflisten)?
18. Abgeordneter
**Dr. Uwe
Küster**
(SPD) Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um dem im Rahmen der anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft durchgeführten Konferenz „Advancing eGovernment“ am 1. März 2007 geäußerten Willen, dass „zukünftig der Austausch von elektronischen Dokumenten vollständig auf der Basis von offenen Dokumentenaustauschformaten erfolgen soll“, näher zu kommen?
19. Abgeordneter
**Dr. Hakki
Keskin**
(DIE LINKE.) Wie viele Sivas-Attentäter halten sich derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland auf?
20. Abgeordneter
**Dr. Hakki
Keskin**
(DIE LINKE.) Was hat die Bundesregierung seit ihren Antworten auf die Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksachen 16/994, 16/2324) unternommen, um in der Bundesrepublik Deutschland den aktuellen Aufenthaltsort der in der Türkei rechtskräftig Verurteilten festzustellen und sie gemäß Auslieferungsersuchen den türkischen Behörden zu überstellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

21. Abgeordneter
**Dr. Uwe
Küster**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den in Deutschland abgelaufenen Standardisierungsprozess vor dem Hintergrund des im Januar 2008 gestarteten neuen Missbrauchsverfahrens gegen Microsoft, bei dem die EU-Kommission prüfen will, ob sich der Konzern während des ISO-Standardisierungsverfahrens widerrechtlich verhalten hat?
22. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Monitoringbericht zur Versorgungssicherheit im Bereich der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität nach § 51 des Energiewirtschaftsgesetzes erarbeiten, fertigstellen und veröffentlichen, nachdem bereits im September letzten Jahres der Monitoringbericht zum Bereich des Gassektors veröffentlicht wurde?
23. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die Unterlagen, die von dem Nordstream-Pipeline-Konsortium eingereicht worden sind, für soweit ausreichend, dass die deutschen Genehmigungsbehörden über eine Genehmigung entscheiden können, und welche Bedeutung misst die Bundesregierung den Gutachten zu, die die schwedische Regierung als unerlässliche Basis für die Einleitung eines Genehmigungsverfahrens beim Antragsteller angemahnt hat?
24. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Berichte/Informationen des ARD-Magazins Report Mainz, wonach der deutsche Waffenhersteller Heckler & Koch mit dem US-Unternehmen „Blackwater“, deren Söldnertruppe nach einer Untersuchung des US-Parlaments im Irak viele Menschen illegal tötete und die auch in Afghanistan schwerwiegend Menschenrechte verletzte, aufgrund einer öffentlich propagierten Kooperationsvereinbarung gemeinsam Waffen entwickeln will und schon derzeit außenwirtschaftlich genehmigungspflichtige Rüstungsgüter wie unter anderem ihr Sturmgewehr HK417 an die Firma Blackwater gelangen ließ, und hielte die Bundesregierung es angesichts solcher Kooperation sowie des Einsatzes dieser deutschen Waffen mit ihren politischen Rüstungsexportgrundsätzen aus dem Jahr 2000 sowie ihrer politischen Ablehnung des Irak-Krieges für vereinbar, Bundesaufträge etwa zur Ausrüstung der Bundeswehr weiterhin Heckler &

Koch zu erteilen, zumal falls deren Waffen an „Blackwater“ unter Umgehung deutscher Genehmigungspflicht geliefert worden sind?

25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, um Massenentlassungen und Standortverlagerungen von Großunternehmen zur Renditesteigerung (s. Nokia) künftig einen Riegel vorzuschieben?
26. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie steht die Bundesregierung zu einer Fristverlängerung von derzeit fünf auf sieben Jahre, was die Bindung von Subventionsvergaben an den Erhalt von Arbeitsplätzen angeht?
27. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer strukturpolitischen Verantwortung für Gesamtdeutschland und den weiteren Aufbau Ost Möglichkeiten, um beispielsweise bei der beabsichtigten Verlagerung der Computerspielmesse „Games Convention“ von Leipzig/Sachsen voraussichtlich nach Köln und dem damit verbundenen Verlust der wichtigsten Messe für den einzigen großen Messestandort in den östlichen Bundesländern und dem damit wiederum direkt wie indirekt verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen in einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit tätig zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

28. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)
- Werden beim Bezug bzw. der Beantragung von Arbeitslosengeld II (ALG II), Sozialhilfe und Grundsicherung im Rahmen von Wahlтарifen nach § 53 Abs. 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) gezahlte Prämien sowie nach Einführung des Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 eventuelle Prämien gemäß § 242 Abs. 2 SGB V der gesetzlichen Krankenkassen an ihre Mitglieder als Einkommen oder sonstige Einnahme auf die oben genannten Leistungen angerechnet, und welche Auswirkungen auf die Wahl der Krankenkasse durch Bezieher sozialer Leistungen erwartet die Bundesregierung infolge der getroffenen Regelung?

29. Abgeordnete
**Elke
Reinke**
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund bekam der in Solling vorige Woche aufgefundene 58-jährige Hungertote seit Oktober 2007 kein Arbeitslosengeld mehr und musste seine Wohnung räumen?
30. Abgeordnete
**Elke
Reinke**
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Kenntnisse davon, ob die zuständigen Behörden Informationen darüber hatten, dass der 58-jährige erwerbslose Hungertote keine soziale Absicherung mehr hatte und seine Wohnung räumen musste, und wenn ja, wie hat sie auf diese Fakten konkret reagiert?
31. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist der Anteil der Frauen an den momentan in „Ein-Euro-Jobs“ tätigen Erwerbslosen?
32. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Nichtleistungsempfängerinnen, die aufgrund der Anrechnung des Partnereinkommens in der Bedarfsgemeinschaft keinen Anspruch auf ALG II haben und deshalb keine Adressatinnen der Eingliederungsleistungen des SGB II sind, arbeitsmarktpolitische Förderleistungen und Eingliederungshilfen erhalten?
33. Abgeordneter
**Klaus
Ernst**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass neben der Halbierung der Arbeitslosigkeit nun durch die Verfassungswidrigkeit der Arbeitsgemeinschaften nach dem SGB II auch ein zweites zentrales Ziel der Hartz-Reformen – die Erbringung der Hilfe aus einer Hand – verfehlt wird?
34. Abgeordneter
**Jörn
Wunderlich**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist der aktuelle Prozentsatz der Alleinerziehendenhaushalte im ALG-II-/Sozialgeldbezug im Vergleich zu Paarelternfamilien?
35. Abgeordneter
**Jörn
Wunderlich**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Inanspruchnahme und Wirksamkeit der Aufnahme der Vermittlung/Bereitstellung von Kinderbetreuung in den Leistungskatalog des SGB II zur Überwindung der Hartz-IV-Abhängigkeit von Alleinerziehenden vor?

36. Abgeordneter
**Volker
Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)**
- Wie viele Personen waren seit Einführung der 400-Euro-Minijobs von der Überzahlung ihrer Altersrente, Rente wegen voller Erwerbsminderung bzw. Rente wegen Erwerbsunfähigkeit betroffen, weil sie die monatliche Hinzuverdienstgrenze um mehr als 350 Euro bzw. um mehr als 400 Euro überschritten hatten (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und den oben genannten Euro-Beträgen)?
37. Abgeordneter
**Volker
Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)**
- Verfügt die Deutsche Rentenversicherung Bund bei den von vielen Betroffenen als unverhältnismäßig empfundenen Rückforderungen über einen Ermessensspielraum, und wenn ja, wie wurde hiervon Gebrauch gemacht (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

38. Abgeordnete
**Ekin
Deligöz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Welche Finanzierungsrisiken für den Betreuungsausbau sieht die Bundesregierung darin, dass von den notwendigen 12 Mrd. Euro bis 2013 erst 2 Mrd. Euro durch den Bund gesetzlich mit dem Sondervermögen fixiert sind, die Zusage über weitere ca. 2 Mrd. Euro noch nicht gesetzlich verankert ist, und vor allem, dass sich Länder und Kommunen noch nicht annähernd über die Verteilung der restlichen Finanzlast von 8 Mrd. Euro verständigt haben?
39. Abgeordnete
**Ekin
Deligöz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Plant die Bundesregierung für den Fall, dass die Gesetzesinitiative zum Ausbau der Kindertagesbetreuung scheitert, die vom Bund vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von rund 4 Mrd. Euro zur Finanzierung einer möglichen Kindergelderhöhung heranzuziehen?
40. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den zusätzlichen Finanzbedarf für den Bundeshaushalt, wenn neben dem geplanten Betreuungsausbau das Kindergeld und die Kinderfreibeträge angehoben sowie das Betreuungsgeld eingeführt werden sollten, und wie sollen diese Maßnahmen gegenfinanziert werden?

41. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat das von der Bundesregierung einberufene „Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen“ zum Instrument des Betreuungsgeldes eine Wirkungsanalyse erarbeitet oder zumindest eine fachliche Einschätzung vorgelegt, welche die Bundesregierung zur Entscheidungsfindung über eine gesetzliche Verankerung des Betreuungsgeldes heranzieht, und wenn nein, warum nicht?
42. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist gewährleistet, dass alle abgeschlossenen Verträge für die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend keine rechtlich bindenden Wirkungen über den Ablauf der aktuellen Legislaturperiode hinaus entfalten?
43. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Und wenn nein, in welchen Fällen und mit welcher Begründung ist dies nicht der Fall?